

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
179 · Ausgabe CH · Dezember 2018  
AZB 3001 Bern



# Für ein soziales Europa

Im Mai stehen Europa-Wahlen an. Bis dahin gilt es, Europas Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren. Auch die über zwei Millionen, die in der Schweiz wohnen. Seiten 4 und 5

## NATIONALRATSPRÄSIDIUM

Als höchste Schweizerin will Marina Carobbio den Minderheiten eine Stimme geben: der Svizzera italiana wie auch all den Sprachen und Kulturen, die nicht historische Wurzeln in der Schweiz haben, aber genauso Teil des Landes sind. Seite 7

## HARTES PFLASTER

Die SP ist in den Städten und in Parlamentsgemeinden stark. Aber auch in Versammlungsgemeinden, in der Agglomeration und auf dem Land stehen wir in der Verantwortung. Zwei Politikerinnen erzählen, wie es ist, weit entfernt von rot-grünen Mehrheiten zu politisieren. Seiten 16 und 17

Liebe Genossinnen und Genossen  
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Im nächsten Mai wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ihr Parlament neu. Anfang Dezember hat die SP Europa deshalb in Lissabon ihr Programm verabschiedet. Dabei waren auch Christian Levrat und weitere Genossinnen und Genossen aus der Schweiz. Denn auch wenn die Schweiz nicht EU-Mitglied ist: Es ist uns nicht egal, wie die Weichen Ende Mai gestellt werden. Die SP Schweiz und insbesondere die SP MigrantInnen werden ihren Beitrag dazu leisten, dass die fortschrittlichen Kräfte diese Wahl gewinnen: Von den rund 400 Mil-

lionen Stimmberechtigten wohnen etwas mehr als 2 Millionen in der Schweiz. Sie wollen wir überzeugen, im Mai ihre Stimme für ein soziales Europa abzugeben, wie der SP-Fachsekretär Peter Hug in seinem Text schreibt.

Wie ihr wisst, stehen 2019 nicht nur in der EU Wahlen an, sondern auch in der Schweiz. Darauf werden wir in der Januar-Ausgabe näher eingehen. Vor vier Jahren haben die Fraktionen der SVP und der FDP im Nationalrat eine absolute Mehrheit von 101 Stimmen erreicht. Was sie aus dieser Mehrheit gemacht haben, zeigt Fraktionschef Roger Nordmann in seiner Legislaturbilanz auf. Sein Fazit: Sie haben herzlich wenig erreicht. Das ist jedoch kein Grund zur Schadenfreude, denn für die Schweiz ist dieser Stillstand fatal. Es braucht darum eine Kurskorrektur bei den Wahlen im nächsten Herbst.

Die beiden SP-Politikerinnen Michèle Dünki-Bättig und Laura Kronig haben bereits einen Wahlkampf hinter sich – und erst noch einen erfolgreichen: Beide wurden nämlich im April dieses Jahres in die Exekutive ihrer Gemeinde gewählt. Wir haben sie gebeten, aus ihrem politischen Alltag zu erzählen. Damit möchten wir die Arbeit all jener Politikerinnen und Politiker in den Vordergrund rücken, die für die SP fern von rot-grünen Mehrheiten in den Städten tagein, tagaus wichtige Arbeit leisten.

Ich wünsche euch eine spannende Lektüre, ein paar erholsame Wintertage und einen guten Start in ein politisch anspruchsvolles 2019.

*Herzliche Grüsse*

*Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»*

## INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Thema**  
**Im nächsten Mai finden die Europa-Wahlen statt. Wahlberechtigt ist auch ein Viertel der Schweizer Bevölkerung.**  
von Mario Carera und Peter Hug
- 6 **Aktuell**  
**Die Bürgerlichen haben in der laufenden Legislatur trotz satter Mehrheit wenig erreicht. Eine vorläufige Legislaturbilanz.**  
von Roger Nordmann
- 7 **Tribüne**  
**«Ich möchte mein Präsidialjahr für kulturelle und sprachliche Minderheiten einsetzen.»**  
von Marina Carobbio
- 8 **Positionen**  
**Globale Probleme können nur global gelöst werden. Darum unterstützt die SP den UNO-Migrationspakt.**  
von Fabian Molina
- 13 **Denknetz**
- 14–15 **Debatte**  
**Die Linke muss Care-Arbeit endlich ins Zentrum stellen!**  
von Nina Hüsler
- 16–17 **Aktiv**  
**Weit entfernt von rot-grünen Mehrheiten leisten SP-Politikerinnen und -Politiker wichtige und nötige Arbeit.**  
Zwei Beiträge von Laura Kronig und Michèle Dünki-Bättig
- 18 **Aktiv**  
**Das war der Parteitag in Brugg/Windisch.**

## Kein Schweizer Kriegs- material in Bürgerkriegen

Parlament und Volk sollen künftig bei Kriegsmaterialexporten mitbestimmen können. Zusammen mit anderen Organisationen hat die SP Schweiz am 11. Dezember die Korrektur-



Initiative lanciert. Mit dieser Initiative wollen wir dafür sorgen, dass künftig kein Schweizer Kriegsmaterial mehr in Länder exportiert werden dürfen, die in Kriege verwickelt sind oder systematisch die Menschenrechte verletzen. Der Bundesrat hatte sich im Juni 2018 für eine weitere Lockerung der Waffenexporte ausgesprochen. Dies ist unvereinbar mit der humanitären Tradition der Schweiz.

## Ein Erfolg für die Menschenrechte

Mathias Reynard (SP VS) lancierte im März 2013 eine parlamentarische Initiative mit dem Ziel, Homophobie gesetzlich zu verbieten, wie dies bereits für Rassismus oder Anti-



semitismus der Fall ist. Die «Anti-Rassismus-Norm» verbietet Hassreden und Diskriminierungen aufgrund von Rasse, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit. Die vorgeschlagene Anpassung des Artikels wird seit langem von zahlreichen internationalen Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der Schweiz gefordert. Der Nationalrat hat nun beschlossen, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung neu ins Schweizerische Strafrechtsgesetzbuch aufzunehmen.

## Entlastung von Familien und Alleinstehenden

Am Parteitag in Brugg/Windisch haben die Delegierten die Lancierung der Prämienentlastungsinitiative beschlossen. Mit dieser Initiative fordert die SP, dass kein Haushalt



in der Schweiz mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Während sich seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) die Prämien mehr als verdoppelt haben, sind die Löhne nur schwach gestiegen. Viele Haushalte können die Krankenkasse kaum bezahlen. Einerseits muss das KVG endlich ein soziales Ziel enthalten, andererseits soll der vorgeschlagene Mechanismus letztlich zu einer gerechteren Finanzierung der obligatorischen Krankenversicherung führen.

## Kein Kompromiss beim Lohnschutz

Das Rahmenabkommen mit der EU liegt jetzt auf dem Tisch. Damit will der Bundesrat den bilateralen Weg sichern, den die Schweiz 1992 eingeschlagen hat. Eine



Debatte über die Zukunft der Schweiz in Europa ist notwendig, denn wir haben ein enormes Interesse an geregelten und engen Beziehungen zur EU. Die SP fordert aber vom Bundesrat ein Rahmenabkommen, das den Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz garantiert. Die wirtschaftliche Integration der Schweiz in Europa darf nicht auf Kosten der Lohnabhängigen stattfinden. Auch in der Europapolitik braucht es soziale Begleitmassnahmen.

## Wahl von Nationalrätin Ada Marra ins Vizepräsidium

Am Parteitag in Brugg/Windisch wurde die Waadtländer Nationalrätin Ada Marra neu ins Vizepräsidium gewählt. Ada Marra ist seit 2007 Mitglied des Nationalrats und bringt



besondere Kompetenzen in Wirtschafts- und Migrationspolitik mit. Mit ihrem Engagement für Asylpolitik, Integration und Migration hat sie sich in der Staatspolitischen Kommission (SPK) schnell Respekt verschafft. 2011 wechselte sie in die prestigeträchtige Wirtschaftskommission (WAK) und spezialisierte sich auf wichtige Themen wie den Kampf gegen die Armut oder die Steuergerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ersetzt Géraldine Savary, die von den Delegierten mit grossem Applaus verabschiedet wurde.

## Zurück auf Feld eins

Mit der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes soll die Klimapolitik nach 2020 festgelegt werden. Die bundesrätliche Vorlage wurde jedoch derart abgeschwächt, dass darin keine



einzigste der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen mehr erfüllt wird. Ziel war es, Instrumente zur Halbierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses bis 2030 festzulegen. Die Mehrheit aus FDP und SVP im Nationalrat lehnte jedoch ein verbindliches Inlandziel für CO<sub>2</sub>-Emissionen ab. Dies zeigt einmal mehr, wie die bürgerliche Mehrheit jegliche Schritte hin zu einer zukunftsfähigen Klimapolitik zu sabotieren versucht. Nun muss der Ständerat das Geschäft neu aufgleisen.

# Für ein Europa der Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit

**IM MAI STEHEN EUROPA-WAHLEN AN. BIS DAHIN GILT ES, EUROPAS BÜRGERINNEN UND BÜRGER ZU MOBILISIEREN. ANFANG DEZEMBER HABEN DIE FORTSCHRITTLICHEN EUROPÄISCHEN PARTEIEN DESHALB IHR PROGRAMM VERABSCHIEDET.**

Für oder gegen Europa: Um nichts weniger als dies geht es im nächsten Mai. Die populistischen Kräfte – in Italien, Ungarn, Polen, Österreich, Frankreich, Deutschland oder Skandinavien – werden zulegen, vermutlich aber nicht so weit, dass sie die Führung der Europäischen Union (EU) an sich reißen und deren Prinzipien wie Frieden, Freiheit und Wohlstand gefährden könnten. Was können wir entgegenhalten, wie bringen wir das Europaprojekt vorwärts, mit welchen zukunftssträchtigen Vorschlägen – zur Beschäftigung, zu einem Ende der Austeritätspolitik, zur Geschlechtergleichheit, einer grünen Wirtschaft?

## Europa soll sich verändern

Die in der SP Europa (SPE) zusammengeschlossenen fortschrittlichen europäischen Parteien (33 Mitgliedsparteien, 10 assoziierte Parteien, darunter die SP Schweiz, und 13 mit Beobachterstatus) haben Anfang Dezember an ihrem Kongress in Lissabon ihr Programm verabschiedet, in Anwesenheit unseres Präsidenten

Christian Levrat und weiterer Genossinnen und Genossen. Das fortschrittliche Lager hat seinen Spitzenkandidaten für die Wahl bestimmt – den Holländer Frans Timmermans, gegenwärtig Vizepräsident der Europäischen Kommission, der die Kampagne unter dem Slogan «fair, frei, nachhaltig, das fortschrittliche Europa, das wir wollen» anführen wird: Europa soll sich verändern, statt in einen nationalistischen Strudel hineinzugeraten. Die SPE hat Bildungsveranstaltungen und Begegnungen in manchen EU-Ländern organisiert, eine davon in Spanien mit tausend jungen Leuten, darunter auch Schweizer Jusos.

## Das soziale Europa muss Gestalt annehmen

Die EU ist einer der am weitesten entwickelten Wirtschaftsräume der Welt, die Bevölkerung kann darin frei reisen, arbeiten, studieren und wohnen. Doch die wachsende Ungleichheit und der Mangel an Jobs haben sich durch Wirtschaftskrisen und Austeritätsmassnahmen zuge-



Mario Carera, Geschäftsleitungs-Mitglied der SP Schweiz, Delegierter der SP im Präsidium der SP Europa

spitzt: 40 Prozent der europäischen Bevölkerung besitzen weniger als 1 Prozent des Gesamtvermögens (und 1 Prozent allein einen Drittel), 120 Millionen Menschen sind von Armut und Randständigkeit betroffen. Von daher muss der Akzent auf öffentlichen und privaten Investitionen liegen, mit Schwerpunkt auf einer grünen und digitalisierten Wirtschaft (durch Bildung, Schutzmassnahmen und Anreize), Fairplay-Regeln (Steuergerechtigkeit) und Programmen, die den Jungen Perspektiven verschaffen (Europäischer Jugendplan). Das soziale Europa muss Gestalt annehmen durch die Umsetzung der im November 2017 vom tripartiten EU-Gipfel in Göteborg beschlossenen europäischen Säule sozialer Rechte: Stichworte sind hier Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen, gesellschaftliche Integration. Angesichts der Krise des Multilateralismus muss die EU auch ihre führende Rolle auf der weltpolitischen Bühne verstärkt wahrnehmen (Klima, Menschenrechte, Terrorismus, Agenda 2030, Fairtrade). Die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat verlangt von der EU erhöhte Wachsamkeit gegenüber der Populismuswelle. Zudem bedingt die fortbestehende migrationspolitische Herausforderung Reformen (Dublin-System, legale Einwanderung, Aussengrenze) und eine neue Partnerschaft mit Afrika zwecks Ursachenbekämpfung.

## Europas Bürgerinnen und Bürger mobilisieren

Die Frage der Allianzen wird sich nach der Wahl stellen: Christdemokraten (29 % im 2014), die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (25 %), Liberale (9 %; 2019 kommt Macrons Bewegung hinzu) und Grüne (7 %) werden in der Pflicht stehen, Europa zu reformieren, zu demokratisieren und voranzubringen. Bis dahin gilt es, Europas Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren – an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 nahmen nur 42,5 Prozent teil – und klar zu machen, dass Europas Zukunft nationalen Querelen vorgeht.



Frans Timmermans, der Spitzenkandidat der SP Europa für die Wahlen 2019.



# Seite an Seite für eine starke und soziale EU

**NATIONALISMUS UND FREMDENHASS HABEN IN EUROPA EIN ERSCRECKENDES AUSMASS ANGENOMMEN. EINE TIEFGREIFENDE SOLIDARITÄTSKRISE RÜTTELT AN DEN GRUNDFESTEN DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT. UMSO WICHTIGER IST ES, WIE DIE WEICHEN BEI DEN EUROPAWAHLEN VOM NÄCHSTEN MAI GESTELLT WERDEN.**

Der aggressive Nationalismus und die Angriffe auf die europäischen Institutionen untergraben auch das Fundament, auf dem die Schweiz steht. Die SP will da nicht tatenlos zuschauen. Sie hat an ihrem Parteitag vom 1./2. Dezember 2018 in Brugg/Windisch einmal mehr klargestellt, dass sie Europa nicht den Nationalisten und Fremdenfeinden überlassen will. Vielmehr ruft der Parteitag in einer von der SP MigrantInnen eingebrachten und einstimmig verabschiedeten Resolution dazu auf, dass sich die SP mit ihren Verbündeten der antieuropäischen Rhetorik entgegenstellt. Dies mit dem Ziel, über die Landesgrenzen hinweg für ein starkes und soziales Europa einzutreten, das seine globale Verantwortung für Frieden, Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung wahrnimmt.

Anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. bis 26. Mai 2019 werden die politischen Weichen neu gestellt. Dann wird sich entscheiden, ob die Neoliberalen mithilfe der Antieuropäer durchmarschieren oder ob das soziale und solidarische Europa gestärkt wird. Die SP MigrantInnen macht in ihrer Parteitagresolution deutlich, weshalb es für die Schweiz alles andere als egal ist, ob sie von einem auseinanderbrechenden, von Nationalisten und Fremdenhassern beherrschten Europa umgeben ist oder von einer starken, sozialen und solidarischen EU. Schon heute sind über 60 Prozent aller Schweizer Gesetze direkt durch europäisches Recht beeinflusst oder bilden dieses gar eins zu eins ab.

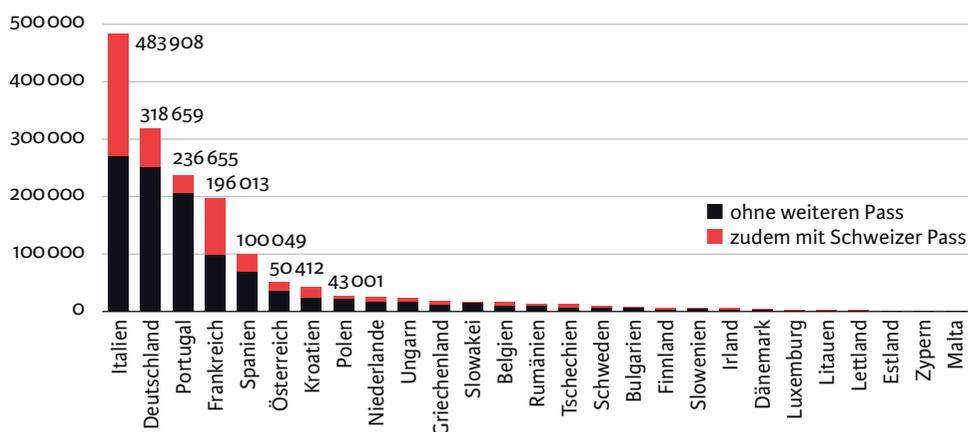
## Unsere Stimme hat Gewicht

An den Wahlen zum Europäischen Parlament können deutlich über 2,1 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger mit Wohnsitz in der Schweiz teilnehmen. Denn zusätzlich zu den etwa 1,45 Millionen «Nur»-EU-Staatsangehörigen dürfen wir die rund 740 000 EU-Doppelbürgerinnen und -Doppelbürger in der Schweiz nicht vergessen. Insgesamt gibt es mehr EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz als in den sechs kleinsten EU-Mitgliedstaaten. Ein Viertel der über 18-Jährigen in der Schweiz kann an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen. Davon nehmen 88 Prozent ihre politischen Rechte in einem der «Top 7» EU-Staaten Italien, Deutschland, Portugal, Frankreich, Spanien, Österreich und Kroatien wahr (siehe Grafik).

Die SP MigrantInnen steht in engem Kontakt zu den Schweizer Sektionen und Vertrauensleuten der Mitgliedsparteien der SP Europa. Ziel ist es, mit einer koordinierten Kampagne die EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz für ein starkes und soziales Europa zu mobilisieren. Dies erfordert die aktive Mitwirkung der SP-Kantonalparteien und der lokalen Sektionen. Es liegt an ihnen, die zahlreichen SP-Mitglieder und Sympathisierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft zu mobilisieren, damit sie an den Wahlen zum Europäischen Parlament vom Mai 2019 teilnehmen und ihre Stimme für ein starkes und soziales Europa abgeben.

Peter Hug, politischer Fachsekretär SP Schweiz

## Über 18-jährige Staatsangehörige von EU-Staaten und SchweizerInnen mit einer EU-Staatsbürgerschaft, 2016



Über 2,1 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger leben in der Schweiz. Ziel der SP MigrantInnen ist es, sie für die Wahl des Europäischen Parlaments zu mobilisieren.

## Rinks und lechts

Das Parlamentarier-Rating der NZZ ist das Playboy-Heftli der Politik: Alle schauen es an – aber niemand gibt es zu. Letzte Woche erschien die Ausgabe 2018. Und wie so oft dürfte manchen das morgendliche Gipfeli im Hals stecken geblieben sein. So findet sich Fabian Molina in der rechten Hälfte der SP-Fraktion wieder. CVP-Chef Gerhard Pfister soll sich um sagenhafte vier Prozentpunkte in Richtung Mitte bewegt haben. Und der offen mit Rechtsradikalen sympathisierende Jean-Luc Addor politisiert angeblich am linken Rand der SVP. Das Urteil von Regula Stämpfli, die solche Ratings mit «Wer die Demokratie vermisst, schafft sie ab» kommentiert, mag etwas gar hart sein. Die obigen Beispiele zeigen vor allem eines, nämlich dass solche Ratings Unfug sind. Ihre vermeintliche Stärke ist ihre Schwäche. Sie geben vor, die Komplexität der Politik auf einer simplen Links-rechts-Achse abbilden zu können. Nur: Steht links oder rechts, wer einen Rahmenvertrag mit der EU mit dem Lohnschutz verknüpft? Steht links oder rechts, wer das CO<sub>2</sub>-Gesetz zurückweist, weil es wirkungslos ist? Nun könnte man sich fünf Minuten amüsieren und dann zur Tagesordnung übergehen. Das Problem ist nur, dass diese Ratings ein Eigenleben entwickeln. Keine Zeitung im Lande, die vor den jüngsten Bundesratswahlen nicht die «Smartspider» der Kandidierenden analysiert hätte. Keine Stellungnahme der «Reformplattform», in der die SP nicht als zu weit links, kein Positionspapier der JUSO, in der die SP nicht als zu weit rechts kritisiert wird. Ratings und Links-rechts-Achsen bilden die Realität nicht ab, sie schaffen eine neue Realität. Und sie lenken den Fokus der Medien und der Öffentlichkeit weg von den politischen Projekten hin zur politgeografischen Positionierung. Dabei ist der Entscheid, ob jemand 2019 SP wählt, kaum davon abhängig, ob die SP im Schnitt bei 7,8, bei 8,4 oder bei 9,1 auf der Links-rechts-Skala positioniert ist. Viel wichtiger ist, wofür die SP kämpft: für Krankenkassenprämien, die nicht mehr als 10 Prozent des Haushaltbudgets ausmachen, für einen Ausstieg aus dem Erdöl bis 2025, für das Recht auf Arbeit und Ausbildung für alle sowie für die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen. Ob diese Projekte als links oder rechts klassifiziert werden, ist nebensächlich, denn Hauptsache, sie sind richtig! Und ob wir sie realisieren können, hängt nicht von irgendwelchen Ratings ab, sondern vom Wahlergebnis am 20. Oktober.



**DIE BÜRGERLICHEN HABEN IN DER LAUFENDEN LEGISLATUR TROTZ SATTER MEHRHEIT IM PARLAMENT WENIG ERREICHT. DAS IST JEDOCH KEIN GRUND ZUR FREUDE, DENN FÜR DIE SCHWEIZ IST DIESE POLITISCHE LÄHMUNG BESORGNISERREGEND. EINE VORLÄUFIGE LEGISLATURBILANZ VON FRAKTIONSCHEF ROGER NORDMANN.**

Durch den Wahlsieg 2015 erreichten die SVP- und die FDP-Fraktion ein absolutes Mehr von 101 Stimmen im Nationalrat. Diese numerische Übermacht demonstrierten die Rechtsbürgerlichen denn auch von Beginn weg. Als Erstes verschoben sie mit der Wahl von Guy Parmelin die Ausrichtung des Bundesrats nach rechts. Und mit dem Aufstieg von Ignazio Cassis in die Landesregierung vollendeten sie die aus ihrer Sicht längst überfällige Korrektur.

#### **Wenig rühmliche Sachpolitik**

Was danach sachpolitisch folgte, ist wenig rühmlich: Im Eiltempo drückten die Bürgerlichen die Vorlage zur USR III durch und überluden sie dermassen, dass es ein Leichtes war, sie mit dem Referendum bachab zu schicken. Beim schwierigsten Dossier der Legislatur, der Altersvorsorge 2020, wollte sich die FDP – unter Federführung des damaligen Fraktionschefs (und Kommissionspräsidenten) Ignazio Cassis – à tout prix nicht einbinden lassen. Die Folge davon war die knappe Ablehnung dieser zukunftsweisenden Vorlage an der Urne.

Bei der Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative» machte die SVP keine Vorschläge und die CVP biederte sich bei ihr an, anstatt mitzuhelfen, die bilateralen Verträge zu retten. Schliesslich wurde zwar mit dem Inländervorrang eine akzeptable Lösung zwischen SP, FDP und kleinen Parteien ausgehandelt. Aber dieses Dossier zeigt exemplarisch, wie eine oder zwei bürgerliche Bundesratsparteien immer versuchen, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Weiter ging es mit einer Abfolge von wirren und ideologisch gefärbten Vorhaben. Etwa dem Versuch von Parmelin, mit einem plebiszitä-



Roger Nordmann, Nationalrat VD und Fraktionspräsident

ren Verfahren einen Blankoscheck über 8 Milliarden für Kampfflugzeuge und Flugabwehr zu erhalten oder dem Versuch, die Stempelsteuer abzuschaffen (Kostenpunkt: 2,3 Milliarden). Sie sind zum Glück so schlecht aufgegleist, dass es den Bürgerlichen kaum gelingen wird, sie voranzutreiben.

#### **Winkelzüge in der Gesundheitspolitik**

Auffällig sind die Winkelzüge der Bürgerlichen in der Gesundheitspolitik. Wiederum unter Federführung des damaligen FDP-Fraktionschefs und Krankenkassenlobbyisten Cassis hatte eine sehr knappe Mehrheit aus SVP und FDP die Zulassungsbeschränkung für freischaffende Ärztinnen und Ärzte in der ersten Session der Legislatur versenkt. Dies löste prompt einen Boom bei Praxiseröffnungen und einen Schub bei den Krankenkassenprämien aus. Deshalb wurde die gleiche Vorlage per dringliches Verfahren dem Parlament wieder vorgelegt und – allerdings zeitlich beschränkt – angenommen. Zurzeit versuchen die Bürgerlichen, die Franchise zu erhöhen und die freie Wahl der Franchise in der obligatorischen Versicherung mit 3-Jahres-Verträgen auszuhebeln. Dass dies in krassem Widerspruch zu dem von ihnen heiss geliebten Wettbewerb steht, stört sie wenig. Und sie haben ein weiteres Vorhaben in der Pipeline: Die Versicherer sollen einseitig die Leistungen der mehrjährigen Zusatzversicherung begrenzen dürfen. Von wegen fairer Markt ...

#### **«You dreamer»**

Die Liste der Absurditäten ist fast beliebig verlängerbar: Man könnte etwa die zahlreichen unausgegorenen Kürzungsvorschläge von SVP-

Fraktionspräsident Thomas Aeschi in der Budgetdebatte anführen. Im Vergleich dazu wirkt der mittlerweile gescheiterte Versuch von Bundesrat Schneider-Ammann, den Waffenenexport zu lockern, wie eine solide handwerkliche Leistung.

Bundesrat Ignazio Cassis ist es in weniger als einem Jahr gelungen, die innenpolitische Allianz für die Bilateralen zu zerschlagen, indem er die flankierenden Massnahmen in den Verhandlungen zur Disposition stellte. Wohl in der naiven Hoffnung, die europäische Integration der Schweiz könne neu mit der SVP vorankommen. «You dreamer», würde Magdalena Martullo-Blocher da wohl kommentieren.

#### **Fortschritte dank Druck von aussen**

In diesem politischen Umfeld ist es beinahe ein Wunder, dass es uns gelungen ist, eine akzeptable Vorlage für die Abschaffung der Sonderstatus in der Unternehmensbesteuerung und für die Finanzierung der AHV zu schmieden. Das liegt wohl daran, dass der internationale Druck in der Steuerfrage hoch genug war und die FDP nach ihrem Feldzug gegen die Altersvorsorge 2020 eigentlich ziemlich ratlos dastand.

Auch bei der Einführung des automatischen Informationsaustausches in Steuerfragen war es schliesslich der Druck von aussen, der uns geholfen hat, den letzten Nagel in den Sarg des internationalen Steuerhinterziehungsgeheimnisses einzuschlagen.

Aus linker Perspektive könnte man sich über so viel Unfähigkeit der Bürgerlichen freuen. Sie haben herzlich wenig erreicht. Für das Land ist diese politische Lähmung aber besorgniserregend. Die grossen Herausforderungen unserer Zeit werden kaum angepackt. Es ist deshalb Zeit für eine Kurskorrektur. Dazu sind die Wahlen im Oktober 2019 da – an die Arbeit, Genossinnen und Genossen!

# Gegen Vorurteile, für gleiche Rechte

Ein Jahr lang habe ich die Ehre, den Nationalrat und die Bundesversammlung zu leiten sowie unsere Institutionen in der Schweiz und im Ausland zu vertreten. Als Nationalratspräsidentin werde ich versuchen, die Stimme der Minderheiten zu sein und ihre Anliegen besser in die Politik einzubringen: sprachliche und kulturelle Minderheiten wie die *Svizzera italiana*, aber auch all die Sprachen und Kulturen, welche nicht historische Wurzeln in der Schweiz haben, aber genauso Teil unseres Landes sind. Die Schweiz ist nicht viersprachig, sondern zeh-, zwölf-, zwanzigsprachig. Unsere Vielfalt ist unser grösster Reichtum. In Zeiten, in denen Angst und Misstrauen gegenüber all dem herrschen, was als «anders» angesehen wird, ist es wichtig, dies zu unterstreichen. Während meines Präsidialjahrs möchte ich versuchen, Brücken zwischen den verschiedenen Sprachregionen und Kulturen zu schlagen, aber auch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes – seien es Schweizer Bürgerinnen und Bürger, in der Schweiz wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer, Flüchtlinge oder Menschen, die mit Ausgrenzung und Schwierigkeiten am Arbeitsplatz oder in der Gesellschaft zu kämpfen haben. Brücken zu bauen, um Vorurteile gegen diejenigen zu bekämpfen, die sich nicht den sozialen Zwängen anpassen.

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Sexismus haben die gleiche Matrix: Sie wollen die Privilegien weniger verteidigen statt die Rechte aller. Um gegen sie anzukämpfen, brauchen wir den Feminismus. Und zwar einen Feminismus, der sich nicht nur für die Frage des Geschlechts interessiert, sondern für die Werte der Gesellschaft. Der nicht nur für Chancengleichheit von Frauen und Männern kämpft, sondern auch gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung und generell gegen Diskriminierung von Minderheiten. Voraussetzungen dafür sind ein Paradigmenwechsel in der Gesellschaft und bei den Machtverhältnissen. Ich würde auch sagen, dass der Feminismus eine Vision mit globaler Legitimität ist: Er versucht, ein Querschnittsproblem zu lösen, das in der Schweiz ebenso wie in Europa oder im Norden und Süden der Welt existiert.

Wir müssen die Arbeit von Frauen sichtbar machen und sie motivieren, sich politisch zu engagieren. Dies bringt mich zu dem zweiten Thema, das ich während meiner Präsidenschaft hervorheben möchte: die Beteiligung von Frauen am politischen Leben und allgemein in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Unterrepräsentation der Frauen ist nicht nur aus demokratischer Sicht ein Problem,

Marina Carobbio,  
Nationalrätin TI, Nationalratspräsidentin 2019

sondern hat auch einen konkreten Einfluss auf die politischen Entscheidungen. Ich hoffe, mit meiner Präsidenschaft meinen bescheidenen Beitrag zu diesem wichtigen Kampf leisten zu können. Es ist von grundlegender Bedeutung, Bedingungen zu schaffen, unter denen Frauen eine politische Karriere verfolgen können. Dies umfasst eine bessere Aufgabenteilung innerhalb der Familie und die Schaffung von staatlichen Strukturen, die die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik erleichtern. Es bedeutet aber auch, dass Parteien die Frauen aktiv unterstützen müssen, weil sie immer noch mehr Hindernisse überwinden müssen als Männer, um in die Politik einzutreten: Vorurteile, mangelnde Förderung oder eine schwächere Präsenz in den Medien.

Als Vertreterin der *Svizzera italiana* möchte ich mein Präsidialjahr den Frauen, den sprachlichen und kulturellen Minderheiten und den Schwächeren widmen. All jenen also, deren Stimmen man häufig nicht hört. Die Demokratie fordert nicht nur, dass man Vorurteile überwindet und Diskriminierung bekämpft, sondern auch, dass die Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft im Entscheidungsprozess gehört werden. Es ist eine Herausforderung, aber ich bin überzeugt, dass wir es zusammen schaffen können, *care compagne* und *cari compagni*.

Die Schweiz  
ist nicht  
viersprachig,  
sondern  
zeh-,  
zweölf-,  
zwanzig-  
sprachig.



Marina Carobbio bei ihrem offiziellen Empfang in Bellinzona.

# Eine Kampagne jenseits von Fakten

**DER NATIONALRAT HAT IN DER WINTERSESSION EINE UNTERSTÜTZUNG DES MIGRATIONS-PAKTS DURCH DIE SCHWEIZ VORERST VERHINDERT. DIE SP WIRD SICH WEITER FÜR IHN STARKMACHEN. DENN GLOBALE PROBLEME KÖNNEN NUR GLOBAL GELÖST WERDEN.**

2016 verabschiedete die Uno-Vollversammlung die so genannte «Erklärung von New York». Vor dem Hintergrund von gewaltigen weltweiten Migrationsbewegungen und einer steigenden Zahl von Menschen auf der Flucht legte die Staatengemeinschaft den Grundstein für ein globales Regelwerk zu Migration und Flucht. Mit der New Yorker Erklärung stellten die Staaten an sich einige banale Dinge fest: Erstens, Migration und Flucht sind eine Realität – und das seit Anbeginn menschlicher Geschichte. Zweitens, mit dieser Realität gilt es politisch umzugehen. Und zwar multilateral. Kein einzelnes Land kann darauf alleine sinnvolle Antworten finden. Und drittens gilt es, bei der Lösung der Probleme, die mit Migration und Flucht zusammenhängen, die Menschenrechte der Betroffenen zu stärken.

## Schutz und rechtsstaatliche Verfahren

Gemäss Zahlen der Uno gibt es heute weltweit rund 250 Millionen Migrantinnen und Migranten. Nicht wenige von ihnen leben unter erbärmlichen Bedingungen: In Katar bauen indische, pakistanische und nepalesische Zwangsarbeiter Stadien für die Fussball-WM 2022. In Spanien pflücken nordafrikanische Migrantinnen und Migranten Erdbeeren für den reichen Norden. Und in ganz Westeuropa verkaufen ausländische Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter ohne Rechte ihre Körper. Die Menschenrechte dieser Personen zu stärken, ist eines der erklärten Ziele des Migrationspaktes. Er hält fest, dass alle Menschen in jedem Land Anspruch auf Schutz und rechtsstaatliche Verfahren haben. Für uns in der Schweiz eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

## Keine Meldung wert

Bis zum 13. September 2018 war der unter der Leitung der Schweiz und Mexikos ausgehandelte «Global

Compact for Safe, Orderly and Regular Migration» der Schweizer Öffentlichkeit völlig unbekannt. Obwohl der Schweizer Botschafter in New York, Jürg Lauber, seit längerem mit 192 Staaten und im Beisein zahlreicher NGOs über den Inhalt des Pakts verhandelte, las man in der Schweizer Presse nichts darüber. Nicht einmal der feierliche Abschluss der Verhandlungen am 13. Juli war auch nur einem Medium eine Meldung wert. Ganz anders im Ausland: Die deutsche «Tagesschau» berichtete prominent darüber, ebenso die «New York Times». Hierzulande interessierte das Ereignis die Medien nicht. Logisch also, dass die Schweizerinnen und Schweizer nichts über den Verhandlungserfolg ihres Landes bei der Uno wussten.

Seit Mitte September macht die SVP nun mit den Schlagworten «globale Personenfreizügigkeit», «Ende der nationalen Souveränität» oder «Medienzensur» gegen den Migrationspakt mobil. Mit freundlicher Unterstützung von Aussenminister Cassis, der öffentlich Zweifel am Dokument äusserte und danach wieder zurückruderte. Nicht nur knickten Teile von FDP und CVP daraufhin ein und verhinderten in der Winter-session eine Unterstützung durch



Fabian Molina, Nationalrat ZH

die Schweiz vorerst. Auch übernahmen zahlreiche Medien Nationalrat Andreas Glarners Argumentation unhinterfragt und machten der SVP ein Wahlkampfeschenck für 2019.

## SP setzt sich weiter dafür ein

Dass sich globale Probleme – wie etwa der Klimawandel oder nachhaltige Entwicklung – nur global lösen lassen, scheint einleuchtend. Deshalb ist der Migrationspakt ein richtiger Schritt. Unter voller Wahrung nationaler Kompetenzen werden Empfehlungen aufgestellt, welche die Zusammenarbeit unter den Staaten verbessern und die Menschenrechte der Migranten stärken sollen. Die Schweiz erfüllt die grosse Mehrheit der Vorschläge schon heute, könnte aber einen wichtigen Beitrag für positive Entwicklungen andernorts leisten.

Selbstverständlich ist das Dokument nicht perfekt. Wie denn auch: Es ist ein Kompromiss zwischen 192 Staaten. Migrationsursachen wie Steuerflucht, mangelnde Konzernverantwortung oder die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die reichen Länder bleiben unerwähnt. Das könnte man kritisieren. Aber solche Details gehen im faktenfreien Geschrei von rechts unter. Die SP wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Schweiz den Pakt doch noch unterstützt und sich aussenpolitisch nicht vollends der Lächerlichkeit preisgibt.



# Ältere nicht im Regen stehen lassen

**ALTERSARBEITSLOSIGKEIT IST EIN DRÄNGENDES UND WEITER ZUNEHMENDES PROBLEM, DAS NOCH ZU WENIG BEACHTUNG FINDET. DER VOLKSVORSCHLAG «FÜR EINE WIRKSAME SOZIALHILFE» WÜRDTE VIELES VERBESSERN.**

Die Arbeitslosenquote ist zurzeit so tief wie seit 10 Jahren nicht mehr. Das ist für die Allgemeinheit eine sehr gute Nachricht, für bestimmte Menschen aber ist es nur ein schwacher Trost. So zum Beispiel für Leute, die mit über 55 Jahren arbeitslos werden. Viele von ihnen schaffen es trotz guter Qualifikation und unzähligen Bewerbungen nicht zu einem neuen Job. Stattdessen liegt ein Spiessrutenlauf vor ihnen: Zuerst müssen sie während zwei Jahren Bewerbung um Bewerbung schreiben, auch wenn nicht einmal Einladungen zu Bewerbungsgesprächen folgen. Anschliessend wird das angesparte Vermögen aufgebraucht – aus der Traum von der Reise nach der Pensionierung, dafür droht nach 65 die Altersarmut. Ist nichts mehr da, und erst dann, hilft das Sozialamt. Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, kann eine solche Behandlung nur als demütigend empfinden.

## **Zahlen zeigen beunruhigende Entwicklung**

Umso dramatischer ist es, dass immer mehr Personen über 55 ausgesteuert werden. Seit 2010 hat ihre Zahl um die Hälfte zugenommen: Es sind nun in der Schweiz schon über 30 000 Personen, was etwa der Bevölkerung von Langenthal und Burgdorf zusammen

entspricht. Auch im Interesse der Allgemeinheit muss hier einerseits dringend dafür gesorgt werden, dass ältere Arbeitnehmende nicht gezielt auf die Strasse gestellt werden. Ein Beispiel für solch unerhörtes Vorgehen war die Nachrichtenagentur, welche allen Redaktorinnen und Redaktoren, die älter als 60 Jahre waren, kündigte. Zum Glück führte in dem Fall der Streik der ganzen Redaktion dazu, dass die Kündigungen zurückgenommen wurden.

## **Würdige Behandlung dank Volksvorschlag «Für eine wirksame Sozialhilfe»**

Andererseits braucht es abfedernde Massnahmen für die Menschen, die kurz vor der Pensionierung arbeitslos werden. Hier greift der Volksvorschlag «Für eine wirksame Sozialhilfe»: Als Gegenvorschlag zur Sozialhilfegesetzrevision, die zur Abbauvorlage verkam, will er nicht nur dafür sorgen, dass mehr Sozialhilfebeziehende eine Arbeitsstelle und damit den Weg aus der Abhängigkeit finden. Er sieht nämlich auch vor, dass Personen, die nach Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos werden, mit Ergänzungsleistungen statt Sozialhilfe unterstützt werden. So haben die Betroffenen noch etwas Geld auf der Seite, wenn sie in Pension gehen.

## **Weiterbildung statt Erhöhung des Rentenalters**

Die Heraufsetzung des AHV-Alters bei Frauen auf 65 Jahre wird keine Beruhigung auf dem Arbeitsmarkt bringen. Die Altersarbeitslosigkeit wird sicher auch nicht mit einer Erhöhung des AHV-Alters für Mann und Frau auf 66 oder 67 Jahre gelöst. Vielmehr braucht es eine Weiterbildungsoffensive. Bildungs- und Weiterbildungsdefizite sind Gründe für die Benachteiligung von älteren Arbeitssuchenden gegenüber jüngeren. Die Ausbildung der über 50-jährigen liegt meist etliche Jahre zurück. Selbst wenn die Betroffenen lange bei der gleichen Firma angestellt waren und sich durch Praxiserfahrung und Weiterbildung zusätzliche Fähigkeiten angeeignet haben, sind diese meist sehr firmenspezifisch. An einer neuen Arbeitsstelle ist dieses Wissen nicht immer relevant.

Das firmenspezifische Wissen wächst mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit und ist daher bei älteren Arbeitnehmenden von grösserer Bedeutung als bei jüngeren. Auch hier braucht es den Volksvorschlag, der eine gezielte Weiterbildung von Stellensuchenden vorsieht.

Paul Zaugg, Präsident SP 60+ Kanton Bern



# «Der Wille, die Wahlen zu gewinnen, ist enorm»

«LINKS.LU» SPRACH MIT DEN CAMPAIGNERINNEN ANNA GALLATI (23) UND KILIAN KOCH (28) ÜBER IHRE ARBEIT FÜR DIE BASISKAMPAGNE.

Liebe Anna, lieber Kilian, zuerst möchte ich euch herzlich gratulieren. Wir haben im Rahmen der Quartierumfrage bis heute 2000 Gespräche mit der Bevölkerung geführt und somit unsere Ziele mehr als übertroffen!

**Kilian:** Das war nur dank dem unermüdlischen Einsatz der Parteibasis möglich. Es ist unglaublich, wie viel Engagement wir in den letzten Monaten miterleben durften. Der Wille, die Wahlen zu gewinnen und sich auch persönlich dafür einzusetzen, ist enorm. Auch die Stimmung im Team finde ich super. Mit dir und Anna zusammenzuarbeiten macht echt Spass!

**Anna:** Da stimme ich Kilian voll und ganz zu. Der Dank gilt all den motivierten GenossInnen, die sich auf die Quartierumfrage eingelassen haben.

**Nicht so bescheiden! Euer Einsatz war wirklich grossartig. Kilian, du kanntest die SP vorher nicht «von innen». Sind wir etwa so, wie du dir das vorgestellt hast?**

Die SP als Partei war mir schon immer sympathisch. Nun weiss ich, dass es ihre Mitglieder

auch sind. Ehrlich gesagt, habe ich gedacht, dass das Ganze etwas hierarchischer strukturiert ist. Wohl einfach weil dies im politischen System schnell so rüberkommt. Jetzt, wo ich das Parteileben etwas besser kennen lernen durfte, habe ich diesen Eindruck nicht aber mehr.

Ach ja ... an das Wort Genossinnen bzw. Genossen musste ich mich erst noch gewöhnen, aber inzwischen finde ich es ziemlich cool. Auch passend. Denn meine bisherige Zeit als Genosse habe ich sehr genossen.

**Anna, du bist schon länger in der SP und der JUSO aktiv. Hat deine Arbeit für dich zu neuen Einblicken geführt?**

Früher war die SP für mich hauptsächlich die Partei, mit welcher ich mich politisch identifiziere – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Durch meine Arbeit in der Basiskampagne und mit den Mitgliedern wurde mein abstraktes Parteibild mit Menschen gefüllt. Die unterschiedlichen Motivationen und Geschichten, die hinter jedem einzelnen Engagement für die SP stehen, faszinieren mich immer wieder von neuem.

**Es freut mich sehr, dass ihr beide uns auch für die eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2019 erhalten bleibt. Was erwartet uns?**

**Kilian:** Im Moment liegt unser Fokus noch ganz bei den Kantons- und Regierungsratswahlen vom März. Parallel dazu planen wir die Basiskampagne zu den Wahlen im Herbst. Schon bald werden wir die Mitglieder und Sektionen über die bevorstehenden Aktivitäten informieren.

Interview: Sebastian Dissler

## QUARTIERUMFRAGE IN ZAHLEN

Bis heute wurden 1996 Gespräche geführt, davon 1454 am Telefon und 542 an der Haustüre. 233 SP-Mitglieder haben sich an den Aktivitäten beteiligt. 73 Personen konnten wir als SympI oder Mitglied gewinnen! Am 15. Dezember 2018 findet die letzte Quartierumfrage statt. Anschliessend werden die Ergebnisse ausgewertet und den Mitgliedern und Sektionen kommuniziert.

MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE AUF DER BALKANROUTE

# In der Sackgasse

**ALS PROJEKT HELP NOW UNTER DEM DACH DES NETZWERKS ASYL AARGAU ERFOLGTE IM SOMMER 2018 EIN WEITERER HILFSEINSATZ ENTLANG DER BALKANROUTE. NUN SOLL ES EINE DRINGEND NOTWENDIGE AKTION AN WEIHNACHTEN 2018 GEBEN.**



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Bezirkspräsident der SP Bremgarten.

Seit Frühling 2018 treffen täglich Flüchtlinge und Migranten in Bihać und in den benachbarten Grenzortschaften im Nordwesten Bosnien-Herzegowinas ein. Sie kommen mehrheitlich über Mazedonien und Serbien nach Bosnien-Herzegowina und versuchen im Nordwesten des Landes, in die Europäische Union, nach Kroatien, weiter über Slowenien nach Italien zu gelangen.

Zum Zeitpunkt unserer Hilfsaktion im Sommer sollen sich etwa 3000 Personen in Bihać und etwa 800 Personen in Velika Kladuša befunden haben. 5000 Personen sollen sich im Una-Sana-Kanton und in der Region Krajina befinden. Das Rote Kreuz

gibt zu Zeit täglich dreimal je 1000 Mahlzeiten aus. Der Europarat ging von 9000 bis 10000 Personen aus, die sich seit Jahresbeginn im Land befanden. Täglich treffen auch heute Flüchtlinge und Migranten aus verschiedensten Staaten, von Afghanistan, Pakistan, Irak, Iran, Syrien bis Marokko ein.

Das Gros der Menschen ist relativ jung und stammt aus Pakistan. Es sind wieder vermehrt auch Familien mit kleinen Kindern (oft aus Syrien, Irak, Iran) darunter. Überall in der Stadt kann man junge Migranten und Flüchtlinge antreffen. Der Sommer war sehr heiss. Die alten Bäume im Stadtkern und der nahe Fluss spendeten Schatten. Viele zelten im Park, andere hatten ihren Schlafplatz in der Ruine aufgeschlagen. Nachts und am Morgen war es im August schon recht kühl. Wer konnte, wärmte sich an einem Feuer.

An der mit Fahrzeugen erreichbaren Seite des Gebäudes haben sich Hilfsorganisationen eingerichtet und geben Kleidung und andere Hilfsgüter aus, freiwillige Ärzte versorgten Erwachsene und Kinder. Die Stadt Bihać und ihre Bürger bemühen sich seit Monaten vergeblich, die Situation zu bewältigen. Es fehlt an materieller, logistischer und vor allem politischer Unterstützung. Das UNHCR, IOM und andere internationale Organisationen sind aktiver geworden.

Der Winter steht vor der Tür, und es ist unerlässlich, eine institutionalisierte Form der Registrierung, Versorgung und Unterbringung zu organisieren. Insbesondere, wenn man weitere Tote an der Grenze und die Zunahmen von Spannungen in der Lokalbevölkerung vermeiden möchte. Möglicherweise wird geradezu dies zynischer Weise in Kauf genommen. Die Spannungen an der Grenze haben massiv zugenommen. Migranten und Flüchtlinge setzten sich in Gruppen Richtung Grenzübergängen in Bewegung. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den Grenzbeamten, aber auch mit der Lokalbevölkerung.

Zahlreichen Migranten fehlen oft auch Informationen über Asyl, Einwanderung und Bleiberecht. Sie kön-



nen Chancen, in Europa zu bleiben, nicht einschätzen. Sie sind mehrheitlich sehr jung und haben bereits sehr viel mitgemacht. Sie sehen sich kurz vor dem Ziel, dem «gelobten Land». In der Regel wollen fast alle nach Deutschland, Frankreich oder Italien. Viele sind frustriert, sehen keine Perspektive mehr, und oft werden sie aggressiv. Andere wiederum haben es bereits 17 Mal versucht, nach Kroatien zu gelangen, wurden dort von der Polizei erwischt und nach Bosnien-Herzegowina zurückgeschafft. Dabei werden Migranten geschlagen, ihre Handys und ihr Bargeld abgenommen.

Aus humanitären, aber auch aus sicherheits- und gesundheitspolitischen Gründen besteht dringender Handlungsbedarf. Die Vorbereitungszeit für die letzte Hilfsaktion war kurz, aber sie war erfolgreich. Alle im Aargau gespendeten Schlafsäcke konnten in Bihać direkt an bedürftige Menschen übergeben werden. Die Mehrzahl schlief in Zelten, sehr viele aber auch auf dem Boden oder auf Plastikplanen, alten Matratzen oder auf alten Kleidern. In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz wurden die gesammelten Spendengelder für Unterwäsche für Kinder, Frauen und Männer, T-Shirts, Hygieneartikel, Lebensmittel, Plastikbesteck und -geschirr für die Essensausgabe in Bihać, Insulin, Kekse für Kinder, ... verwendet. Dennoch fehlt es weiterhin an vielem. Insbesondere fehlt es an Nahrungsmitteln, aber auch an Sanitäreinrichtungen. Auch das Rote Kreuz ist nach wie vor notdürftig ausgestattet. Die nächste Hilfsaktion ist für Weihnachten 2018 in Bihać geplant. Jede Unterstützung ist willkommen und kommt den Betroffenen direkt zugute.

**Spendensammlung  
Aktion «Weihnachten auf der Balkanroute»**

Dank Ihnen können wir über Weihnachten (23.12. – 31.12.2018) den geflüchteten Menschen auf der Balkanroute helfen. Mit den Spendengeldern wird vor Ort das Nötigste (Kleidung, Lebensmittel, Hygieneartikel, Medikamente, u.v.m.) eingekauft.

**Verein Netzwerk Asyl Aargau**  
Help now  
5408 Ennetbaden

IBAN: CH79 0900 0000 6120 9530 2  
PC Konto: 61-209530-2

Infos unter:  
[www.helpnowswitzerland.ch](http://www.helpnowswitzerland.ch)  
Facebook: Help Now

Freiwillig flieht niemand! verein netzwerk asyl aargau



# Visionen statt Autobahnen

## Gegen die Bevölkerung?

Die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland haben zusammen mit dem Bundesamt für Strassenbau (ASTRA) einen Plan ausgeheckt. Sie wollen neue Autobahnen im Gebiet Bottmingen, Binningen, Allschwil und Bachgraben bauen. Dies obwohl Basel-Stadt 2010 per Volksentscheid zur Reduktion des Autoverkehrs um 10 Prozent bis 2020 verpflichtet wurde und Autobahn-Ausbauten nur noch realisiert werden dürfen, wenn dadurch die Kapazität des Strassenetzes insgesamt nicht erhöht wird. Auch die BaselbieterInnen haben sich gegen zusätzliche Autobahnen ausgesprochen und 2015 den geplanten Autobahnring Leimental – Birseck-Allschwil (ELBA) deutlich abgelehnt. Die beiden Regierungen missachteten mit dem geplanten Westring also klar den Volkswillen.



Danielle Kaufmann, Grossrätin



Jan Kirchmayr, Landrat

## Nicht nachhaltig

In Zeiten des Klimawandels wirkt es bizarr, an einen massiven Ausbau von Autobahnen zu denken. Denn dieser schafft in erster Linie zusätzlichen Autoverkehr. Die Realisierung eines solch gigantischen Projektes wie der Westring braucht Jahrzehnte und kostet immens viel Geld. Bis dahin entsprechen die dem Wes-

tring zu Grunde liegenden Mobilitätsvorstellungen längst nicht mehr den dann vorhandenen Bedürfnissen.

## Falsche Prioritäten

Wo bleibt der Ausbau des ÖV, wo das Herzstück? Dieses wurde vom Bundesamt für Verkehr nicht in den Ausbau der Bahninfrastruktur 2035 aufgenommen. Der Bundesrat wird sich darüber erst im 2026 Gedanken machen. Der Bau des Herzstücks ist damit auf unbekannte Zeit verschoben. Der Bund und die beiden Kantonsregierungen setzen damit falsche Prioritäten. Sie planen und bauen lieber neue Autobahnen, anstatt das viele Geld in neue Formen von Mobilität zu investieren. Sie verfolgen lieber die Strategien des letzten Jahrhunderts, statt Visionen zu entwickeln für eine ökologische und nachhaltige Lebensweise.

## Visionen für die Region

Um die Klimaziele von Paris zu erreichen, müssen wir an die Arbeit gehen. Wir brauchen Lösungen, die umweltfreundlich, platzsparend und lärmreduzierend sind. Wir brauchen Visionen, wie die Region Basel trotz Bevölkerungszuwachs nicht erstickt in mehr Verkehr, mehr

Lärm und mehr Abgasen. Deshalb fordern wir mit einer Motion der Basler Regierung dazu auf, sich verbindlich gegen die Planung der zusätzlichen Stadtautobahnen Westring (auch unterirdisch) und der damit erweiterten Strassenkapazitäten einzusetzen. Der Planungsstopp soll 10 Jahre gelten oder so lange, bis die Finanzierung des alternativen Schienenprojekts Herzstück gesichert ist und Elektromobile einen Marktanteil von mindestens 50 Prozent haben.

Im Baseltal möchten wir, neben der Förderung des öffentlichen und des Langsamverkehrs, einerseits ein Park & Ride-Konzept und andererseits die Förderung von Fahrgemeinschaften. In einem Vorstoss fordern wir die Regierung dazu auf, an neuralgischen Orten wie Kreuzungen oder Autobahnausfahrten Spuren für Autos zu reservieren, in welchen mehr als eine Person sitzt. Unser Ziel ist klar und zukunftsgerichtet. Sinnloser Betonbau ist von vorgestern.

# Bildung, «Gutes Alter», Marx: Jetzt Denknetz-Mitglied werden

WER DENKNETZ-MITGLIED WIRD, HILFT KRITISCHES DENKEN UND POLITISCHE HINTERGRUNDARBEIT ZU STÄRKEN – UND ERHÄLT JETZT GLEICH ZWEI NEUE DENKNETZ-BÜCHER KOSTENLOS ZUGESCHICKT: DAS JAHRBUCH 2018 ZUM THEMA BILDUNG UND EMANZIPATION UND DAS NEUE SACHBUCH GUTES ALTER. ALS MITGLIED ERHÄLTST DU AUCH KÜNFTIG DIE DENKNETZ-BÜCHER KOSTENLOS ZUGESANDT. JETZT DEN TALON EINSCHICKEN ODER ONLINE AUSFÜLLEN AUF [WWW.DENKNETZ.CH/MITGLIED-WERDEN](http://WWW.DENKNETZ.CH/MITGLIED-WERDEN).



## Denknetz-Jahrbuch 2018: Bildung und Emanzipation

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Ohne immer intensivere und lebenslange Bildung geht gar nichts mehr, verspielen wir halbwegs sichere und gute Arbeitsplätze, werden Firmen und Standorte von der globalen Entwicklung abgehängt. Doch stimmt das überhaupt? Welche Bildung ist da gemeint? Produziert dieser Bildungs-Dauerdruck nicht mehr Schaden als Nutzen: Stress, Angst, Konformität? Im Denknetz-Jahrbuch 2018 fragen die Autorinnen und Autoren, welchen Stellenwert emanzipatorische, demokratische Bildung heute noch hat und wie sie wieder gestärkt werden kann. Denn Bildung ist zwar immer auch Mittel, indem sie uns hilft, in dieser Welt bestehen zu können, aber sie soll uns gleichzeitig auch dazu befähigen, als Einzelne und als Kollektiv unsere Zwecke selber zu setzen. Und genau das ist gefragt, wenn wir nicht einem ohnmächtigen Dauer-Anpassungsdruck verfallen wollen.

Mit Beiträgen von Fitzgerald Crain, Wibke Opermann, Johannes Gruber, Theres Hammel, Linda Stibler, Thomas Ragni, Simone Ambord, Monique Brunner, Isabel Martinez, René Levy, Nadia Lamamra, Farinaz Fassa, Catherine Haus, Fabienne Amliger, Holger Schatz, Erich Ribolits, Ute Klotz, Katharina Steinmann, Beat Ringger, Markus Truniger, Annemarie Sancar, Roland Herzog, Hans Baumann, Anton Hügli, Romy Günthart, Chantal Hinni, Magdalena Küng, Tamara Funicello, Eva Krattiger, Barbara Gurtner, Lena Frank, Bruno Bollinger

Beide Bücher sind auch im Buchhandel erhältlich.

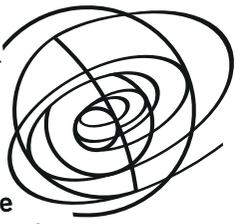


## Denknetz-Sachbuch: Gutes Alter

Das Buch gibt der aktuellen Diskussion rund um die «Probleme mit der alternden Gesellschaft» einen neuen Fokus. Anstelle der Defizitorientierung (Was kosten uns die Alten?) betont es die historisch erstmalige Chance einer Gesellschaft des guten langen Lebens für alle. Eine solche gelingt, wenn wir dem Grundwert der Solidarität neue Relevanz verschaffen, statt zu versuchen, die Generationen gegeneinander auszuspielen. In einer solidarischen Gesellschaft verfügen die Menschen über die Zeit und die nötigen Ressourcen, um sich um die Mitmenschen zu kümmern, immer im Wissen, dass die Sorge um andere nicht nur auf ihnen als Einzelne lastet, sondern auch durch gesellschaftliche Institutionen (z. B. Sozialversicherungen, öffentliche Care-Dienste) abgesichert ist. Nur eine Gesellschaft, die das Thema Care ernst nimmt, kann eine solidarische Gesellschaft sein. Und nur eine solche Gesellschaft kann dafür sorgen, dass der wachsende Reichtum allen zugute kommt. Das Buch bezieht sich u. a. auch auf die Arbeiten des Netzwerks Gutes Alter. Dieses Netzwerk sondiert gegenwärtig die Möglichkeiten für eine breit abgestützte nationale Volksinitiative zur Sicherung einer guten Pflege, Betreuung und Alltagsunterstützung aller im Alter.

Mit Beiträgen von Marie-Louise Barben, Barbara Baumeister, Trudi Beck, Markus Brandenberger, Adrian Durtschi, Andres Frick, Rosmarie Glauser, Susy Greuter, Ruth Gurny, Cornelia Heinze, Carlo Knöpfel, Riccardo Pardini, Beat Ringger, Kurt Seifert, Monika Stocker, Elvira Wieggers und Heidi Witzig

Denk  
netz



réseau de réflexion  
pensieri in rete  
think network

## TALON

Jetzt Denknetz-Mitglied werden:  
Der Denknetz-Mitgliederbeitrag beläuft sich auf jährlich CHF 100.– für Normalverdienende und CHF 40.– für Nicht- oder Geringverdienende.

- Ich werde Denknetz-Mitglied und erhalte die drei aktuellen Denknetz-Bücher als Willkommensgeschenk
- Ich bestelle das Buch MarxnoMarx zu CHF 23.– zuzüglich Versandkosten
- Ich bestelle das Denknetz-Jahrbuch 2018 Bildung und Emanzipation zu CHF 23.– zuzüglich Versandkosten
- Ich bestelle das Buch Gutes Alter zu CHF 23.– zuzüglich Versandkosten

Name

Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Mailadresse (bitte deutlich schreiben)

Einsenden an Denknetz, Postfach,  
8036 Zürich, oder ein entsprechendes  
Mail an [info@denknetz.ch](mailto:info@denknetz.ch)

# Die unsichtbare Hälfte

Das Ausmass der unbezahlten Care-Arbeit ist immens, aber oft nicht sichtbar. Ein Grossteil davon wird von Frauen geleistet.

Am 14. Juni 2018 haben die SP Schweiz, die SP Frauen\* und die JUSO gemeinsam das Frauenjahr lanciert. Die Forderungen sind klar: Die Lohngleichheit muss endlich umgesetzt, die alltägliche Arbeit von Frauen anerkannt und die Gewalt an Frauen gestoppt werden. An dieser Stelle liefern wir regelmässig Hintergrundinformationen zu diesen Schwerpunkten und informieren über aktuelle Aktivitäten des Frauenjahrs. Den Anfang hat JUSO-Präsidentin Tamara Funicello gemacht mit der Frage, welche Ursachen Männergewalt hat. Diesmal berichtet Nina Hüsser, Projektleiterin des Frauenjahrs darüber, warum die Linke Care-Arbeit endlich ins Zentrum stellen muss.

Am 5. Dezember wurden zwei Frauen in den Bundesrat gewählt. Meine feministischen Mitstreiter\*innen und ich freuten uns. Nicht weil wir plötzlich mit fortschrittlicher Politik rechneten – es waren trotz allem zwei bürgerliche Frauen –, sondern weil es eine kleine Belohnung für die Arbeit der letzten Jahre und Jahrzehnte war. Dass neben Simonetta Sommaruga mindestens eine weitere Frau in den Bundesrat muss, war so breiter Konsens, dass sich dem niemand öffentlichkeitswirksam entgegenstellen konnte. Auch CVP und FDP beugten sich dem Druck, indem sie auf ein reines Frauenticket setzten respektive mit Karin

Keller-Sutter eine klare Favoritin nominierten. Diesen Druck hätte es jedoch niemals gegeben ohne all die Frauen, die sich das Stimm- und Wahlrecht erkämpft haben. Ohne all jene Frauen, die teils seit Jahrzehnten, teils erst seit ein paar Tagen hinstehen und sagen: Genug ist genug! Oder ohne all jene Frauen, die momentan den nächsten Frauenstreik vorbereiten. Also freuten wir uns, denn die Wahl zeigte, dass wir zumindest kleine Fortschritte machen.

Kurz darauf schwirrte ein Artikel durch meine Facebook-Timeline. «Mehr Mütter in den Bundesrat!», hiess es da. Ich stutzte und zählte



Nina Hüsser,  
Projektleiterin Frauenjahr

nach: Von den neun Bundesrätinnen – Elisabeth Kopp, Ruth Dreifuss, Ruth Metzler, Micheline Calmy-Rey, Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf, Simonetta Sommaruga, Viola Amherd, Karin Keller-Sutter – haben lediglich drei Kinder. Von den 117 männlichen Bundesräten weiss ich es nicht, es würde mich aber nicht überraschen, wenn es prozentual mehr wären. Ganz sicher war es bei ihnen aber nie ein Thema. Sollen wir uns als künftig für mehr Mütter (oder mehr Eltern) im Bundesrat einsetzen?

## Was steckt dahinter?

Es ist gleich wie mit der Forderung nach mehr Frauen in der Politik. Sie ist wichtig und richtig, aber sie setzt an der Oberfläche an, an den Symptomen einer ungleichen Gesellschaft. Die Frage muss doch lauten: Warum sind Frauen in der Politik dermassen untervertreten? Und warum gibt es so wenige Mütter in Spitzenpositionen? Was steckt dahinter?

## Müsste man diese Arbeit zu marktüblichen Löhnen bezahlen, würde unser Wirtschaftssystem zusammenbrechen

Neben traditionellen Rollenbildern geht es vor allem um die Care-Arbeit. Wir alle leisten Care-Arbeit: Wir machen den Abwasch, wir trösten Kinder und Freund\*innen, wir kümmern uns um kranke oder betagte Angehörige. Denn Care-Arbeit bedeutet nichts anderes, als menschliches Leben zu erhalten (siehe Infokasten). Ganz offensichtlich sind das also zentrale Tätigkeiten, gerade auch dann, wenn wir über Wirtschaft sprechen – denn: ohne Menschen, die produzieren und konsumieren, keine Wirtschaft. Viele Care-Tätigkeiten vollziehen sich aber im Privaten, werden nicht bezahlt und sind deshalb auf der politischen Bildfläche weitgehend unsichtbar. Dabei ist das Ausmass der unbezahlten Care-Arbeit immens. Mascha Madörin, die bekannte feministische Ökonomin, rechnet vor, dass das Volumen der unbezahlten Arbeit (konkret: Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, zivilgesellschaftliches Engagement) grösser ist als das Volumen der Erwerbsarbeit. Ein Grossteil dieser Arbeit wird von Frauen geleistet. Müsste man diese Arbeit zu marktüblichen Löhnen bezahlen, würde unser Wirtschaftssystem zusammenbrechen: Die gesamte unbezahlte Arbeit der Frauen hat einen monetären Wert von 242 Milliarden Franken.

### Der kleine Unterschied

Auch wenn wir über Lohngleichheit sprechen, ist Care-Arbeit zentral. Frauen arbeiten in ihrem Leben gleich viel oder mehr als Männer. Trotzdem verdienen Frauen in der Schweiz weniger als einen Viertel des gesamten Einkommens und kontrollieren nur etwa einen Zehntel des Vermögens. Und damit nicht genug: Über ein Drittel aller Vollzeit arbeitenden Frauen in der Schweiz verdient weniger als 4000 Franken pro Monat, und gerade einmal 7,5 Prozent verdienen mehr als 8000 Franken. Bei den Männern ist

es umgekehrt: Es gibt sogar mehr Männer (über 16 %), die über 8000 Franken verdienen, als solche, die für Tieflohne unter 4000 Franken arbeiten (weniger als 14 %). Folgende Frage liegt also auf der Hand: Wenn Frauen und Männer gleich viel arbeiten, warum haben Frauen dann weniger Geld?

In der Wintersession wurde endlich ein Gesetz verabschiedet, das grosse Unternehmen verpflichtet, periodisch Lohnanalysen durchzuführen – Sanktionen drohen indessen keine. Obwohl wir Feminist\*innen lange für ein solches Gesetz gekämpft haben und im September 2000 Menschen dafür auf die Strasse gingen, ist es (der rechten Mehrheit im Parlament sei Dank) nicht nur völlig zahllos ausgefallen, sondern ist auch nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Legt man das Augenmerk nämlich nur auf die unerklärbaren Lohnunterschiede – so wie es dieses Gesetz tut –, entgehen den Frauen jährlich 7,7 Milliarden Franken. Aufgrund unbezahlter Arbeit dagegen entgehen den Frauen jährlich 80 Milliarden. Ein nicht so kleiner Unterschied.

### Ein gutes Leben für alle!

Zum guten Leben gehört mehr als nur Erwerbsarbeit. Alle Menschen haben das Bedürfnis und das Recht, familiäre und freundschaftliche Beziehungen aufzubauen und zu leben, sich in ihrem näheren und weiteren Umfeld selbst zu entfalten. Ebenso hat auch jeder Mensch das Recht, einer sinnvollen und befriedigenden Erwerbsarbeit nachzugehen. Damit dies möglich ist, braucht es eine faire Verteilung der Erwerbsarbeit und des damit zusammenhängenden Einkommens. Jede erwachsene

Person sollte die Möglichkeit haben, durch Erwerbsarbeit ökonomisch unabhängig zu sein und gleichzeitig an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen zu können – auch an der Politik. In dieser Frage sind die Frauen in unserer Gesellschaft jedoch massiv benachteiligt, und es gibt kaum Zeichen für eine Verbesserung. Was also tun?

### Was tun?

Erstens müssen wir dafür sorgen, dass unbezahlte Care-Arbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird. Sobald Kinder da sind, sind es häufig Frauen, die ihr Pensum reduzieren, weil sie oft weniger verdienen als ihr Partner, während Männer ihr Pensum oft nicht reduzieren können oder wollen. Eine 35-Stunden-Woche würde hier einen Ausgleich schaffen.

Zweitens brauchen wir ein umfassendes, qualitativ hochwertiges Netz an bezahlbaren Betreuungsstrukturen, nicht nur für Kinder, sondern auch für betagte Personen. Entscheidend ist, dass Menschen, die in diesen Branchen arbeiten, gute Löhne erhalten und arbeitsrechtlich anständig geschützt werden.

Drittens muss feministische Ökonomie gefördert werden. Bisher werden die Auswirkungen unseres Wirtschaftssystems auf Frauen nur von wenigen Einzelkämpferinnen untersucht. Wirtschaftsreformen werden oft von Männern erdacht, umgesetzt und ausgewertet. Care-Arbeit, die unsichtbare Hälfte der Wirtschaft, ging dabei bisher vergessen.

Ich bin mir sicher: Wenn wir diese Forderungen umsetzen, wird der Frauen- und Mütteranteil in der Politik definitiv steigen.

## CARE

«Care bedeutet, menschliches Leben zu erhalten, zu fördern und zu schützen; sich zu sorgen um den andern und um sich selbst; ein Mittagessen zuzubereiten und den Abwasch zu machen, Kleinkinder zu wickeln, Betagte zu pflegen, traurige Menschen in den Arm zu nehmen, Kranke zu versorgen. Ohne Care würden Gesellschaften innerhalb von Stunden zerfallen. Und dennoch fällt Care meist komplett aus der Wahrnehmung heraus, wenn über Ökonomie, über gesellschaftliche Krisen, über politische Umbrüche geschrieben und nachgedacht wird.»

Quelle: Iris Bischel, Lilian Fankhauser, Tina Goethe, Christine Michel, Beat Ringger, Annemarie Sançar: «It's the Care, Stupid».

# Politik machen, wo das

Die SP ist stark in den Städten und in Parlagemeinden. Doch auch in Versammlungsgemeinden, in der Agglomeration und auf dem Land, steht die SP in der Verantwortung. Weit entfernt von rot-grünen Mehrheiten, häufig auch als Einzelkämpferinnen oder Einzelkämpfer, leisten unsere Leute in Gemeinderäten, Schulpflegen und Kommissionen wichtige und nötige Arbeit. Mit den folgenden beiden Beiträgen möchten wir diese Arbeit in den Vordergrund rücken. Unsere beiden Genossinnen aus den Kantonen Wallis und Zürich zeigen, welche Hindernisse zu überwinden sind, wie viel Potenzial es für die Politik der SP aber auch gibt.



Ich sitze seit letztem April im Stadtrat (Exekutive) von Brig-Glis. Wir sind vier Männer und drei Frauen: 3 SVP/freie Liste (inkl. Stadtpräsident), 1 CVP, 1 CSP (national ist diese Partei bei der CVP), 1 FDP und 1 SP.

Die Stadtratssitzungen finden alle zwei Wochen statt. Sie sind stark von einer Informationsasymmetrie geprägt. Natürlich kennen die Ressortvorstehenden ihre Dossiers im Detail. Zudem ist der Präsident durchs Band besser informiert als alle anderen: Er hat ein höheres Pensum und nimmt an der Stabssitzung teil, die jeweils im Hinblick auf die Stadtratssitzung stattfindet.

Die Ressorts Bauamt, Infrastruktur, Polizei und Bildung sind mit einer zu 100 Prozent bei der Gemeinde angestellten Fachperson im Stab vertreten. Die beiden Ressorts Wirtschaft und Kultur sowie Soziales sind administrativ dem Stadtschreiber zugeteilt. Während also die einen auf Fachpersonen wie den Stadtarchitekten zurückgreifen können, müssen die anderen die Grundlagenarbeit in ihren Ressorts zu einem grossen Teil selbst bewältigen.

24 Stunden vor der Stadtratssitzung erhalten die Mitglieder jeweils das Vorprotokoll. Es fasst die Geschäfte zusammen und

beinhaltet die Anträge der Ressorts. Diese Zeitspanne ist zu kurz, um den Informationsvorsprung der jeweiligen Ressortchefin und des Präsidenten aufzuholen. Die Konsequenz: Es besteht die Gefahr, dass wir ausgiebig über einfach zugängliche Themen wie die Randsteinhöhe eines Trottoirs diskutieren, komplexe Geschäfte hingegen nicht in einen grösseren Zusammenhang stellen und strategische Dossiers nicht vertieft und wiederholt diskutieren und begleiten.

Brig-Glis verfügt über kein Gemeindeparlament. Mindestens zweimal jährlich werden die Stimmberechtigten zur Urversammlung einberufen. Die Urversammlung nimmt Rechnung und Budget ab und entscheidet über Reglementsänderungen und Projekte mit einer gewissen finanziellen Tragweite. Vereinzelt haben wir Kommissionen (Kulturkommission, Altstadtkommission), in der Leute aus der Bevölkerung Einsitz nehmen.

Ich würde es begrüssen, wenn Brig-Glis mit rund 14000 Einwohnerinnen und Einwohnern ein Parlament hätte. Einerseits erachte ich es als wichtig, dass der Stadtrat einer (parlamentarischen) Aufsicht unterstellt ist. Andererseits würde mit einem Parlament die Bevölkerung eingebunden, könnte poli-



Den 22. April 2018 werde ich so schnell nicht vergessen. Ich war mit Freunden unterwegs und den ganzen Morgen schon unglaublich hibbelig. Um halb zwei klingelte endlich das Telefon: «Gratulation, du hast den Sprung in die Exekutive geschafft!» – Ja, was sagt man da? Natürlich: «Danke und ich freue mich!» Gleichzeitig überschlugen sich die Gedanken: Welches Ressort werde ich übernehmen? Schaffe ich das alles? Weiss ich genug? Im ersten Moment überwog aber ganz klar die Freude!

Damit ihr euch meine Sorgen und Nöte ein bisschen vorstellen könnt: Glattfelden bietet rund 5200 Menschen im Zürcher Unterland ein Zuhause. Es ist eine typische Landgemeinde, bürgerlich regiert, mit einem SP-Stimmenanteil bei den letzten Kantonsratswahlen von 15 Prozent. Die stärkste Partei ist die SVP mit 44 Prozent. Ihr seht: Ein eher hartes Pflaster, wo ich seit 2009 wohne und fast so lange auch politisch engagiert bin.

Die Gemeinderatswahlen liefen dieses Jahr ein bisschen anders ab als sonst: Die Stimmbewölkerung entschied im Winter 2017, der Gemeinderat solle neu aus sieben statt sechs Mitgliedern bestehen. Zudem gab es Kampfwahlen, weil zwei bisherige Gemeinderäte nicht mehr antraten, der Schulpräsident zum ordentlichen Gemeinderat wechseln wollte

und wir so insgesamt fünf Kandidierende für vier Sitze hatten. Der neue zusätzliche Sitz im Gemeinderat führte auch dazu, dass die Ressorts neu eingeteilt und verteilt wurden.

Das Ressort Finanzen und Liegenschaften reizte mich von den zur Auswahl stehenden am meisten. Als ehemaliges Mitglied der Rechnungsprüfungskommission hatte

## INTERESSIERT?

Wer sich für das Thema SP-Kommunalpolitik in kleineren Gemeinden (insbesondere auch in Versammlungsgemeinden) interessiert, kann sich bei Rebekka Wyler melden ([rebekka.wyler@spschweiz.ch](mailto:rebekka.wyler@spschweiz.ch)).



**MICHÈLE  
DÜNKI-BÄTTIG**  
SP-Gemeinderätin  
Glattfelden ZH

# Pflaster hart ist

tische Schwerpunkte setzen und neue Ideen einbringen und so unsere Gemeinde mitprägen.

Ich habe von meinem Vorgänger das Ressort Wirtschaft und Kultur (inklusive Energie) übernommen und nehme an Sitzungen der Kulturkommission sowie von Stiftungen,



**LAURAKRONIG**  
**SP-Stadträtin**  
**Brig-Glis, VS**

Vereinen und Gremien im Kulturbereich, der Energiestadtgruppe und des Gewerbevereins teil. Meine aktuellen Projekte respektive Herausforderungen sind die Umsetzung des Masterplans Energie und die Erreichung des «Energiestadt-Labels Gold», das Verschwinden von Geschäften im Stadtzentrum, die Überführung der Kulturstätte «Zeughaus Kultur» von der Pionierzeit in einen geregelten, nachhaltigen Betrieb.

Der Stadtrat hat für die Legislatur 2017–2020 Schwerpunkte definiert. Aktuell beschäftigen uns namentlich die Definition des zukünftigen Siedlungsgebietes (Raumplanung), die Konzentration des Oberwalliser Spitalzentrums in Brig-Glis und die damit einhergehenden Herausforderungen (Neu- und Umbau, Kita, Verkehrsplanung), die Kostendeckung und Ausgestaltung der Abfallbewirtschaftung und die Umsetzung des Masterplans Energie.

Wer gut vorbereitet und vorausschauend ist, kann auch aus der Minderheitsposition den Stadtrat und seine Entscheidungen nachhaltig prägen. Deshalb werden wir linken Oberwalliser Gemeinderätinnen und -räte uns künftig zweimal jährlich treffen. Indem wir uns koordinieren und uns – unter Einbe-

zug von kundigen Parteimitgliedern – möglichst frühzeitig mit Themen beschäftigen, die sich anbahnen, können wir die Diskussionen in unserer Gemeinde prägen, zentrale Fragen und wichtige Forderungen stellen.»

**«Wer gut vorbereitet und vorausschauend ist, kann auch aus der Minderheitsposition den Stadtrat und seine Entscheidungen nachhaltig prägen.»**

ich schon ein Bild der Gemeindefinanzen und konnte mir ungefähr vorstellen, was auf mich zukommen würde. Das Sprichwort «Geld regiert die Welt» mag mir persönlich nicht gefallen, in der Exekutive stimmt es aber. So war es auch ein taktischer Entscheid, das Ressort «Finanzen und Liegenschaften» zu übernehmen. Selbst wenn ich in der Minderheit bin, kann ich mit gutem Recht zu fast allen Geschäften etwas sagen und werde fast überall eingebunden.

Da ich auch Kantonsrätin bin und in Zürich arbeite, war klar, dass ich die zeitliche Verfügbarkeit tagsüber, die etwa das Ressort «Infrastruktur» mit den Terminen vor Ort – zum Beispiel im Werkhof – mit sich gebracht hätte, nicht hatte.

Bevor ich Gemeinderätin wurde, war ich vier Jahre in der Rechnungsprüfungskommission. Das und mein Amt als Kantonsrätin gaben mir das nötige Rüstzeug: Ich bin es gewohnt, aus einer Minderheitsposition heraus zu politisieren. Trotzdem schaffe ich es ab und an, einen Kompromiss zu erzielen oder gar einen Gewinn zu verbuchen. Auch bin ich dank den vergangenen vier Jahren an den Umgangston in den verschiedenen Gremien gewöhnt und habe mir ein dickes Fell zugelegt. Ich bin es mir gewohnt, dass ich als

junge Frau leider stets besser vorbereitet an Sitzungen erscheinen muss als meine männlichen Kollegen. Mein Wort oder meine Argumente müssen besser unterfüttert sein als die Behauptungen meiner Kollegen. Ich muss lauter reden, um zu Wort zu kommen. Und wenn eine Diskussion einmal heftiger wird, wirft man immer zuerst mir als Frau vor, dass ich emotional sei. Das sind nicht nur meine Beobachtungen. Der Austausch mit anderen Frauen in der Politik bestätigt mich. Umso wichtiger ist es mir, mit anderen Frauen, auch über die Parteigrenzen hinaus, den Austausch zu pflegen. Denn gemeinsam sind wir stark.

Weiter oben habe ich über meine eigenen Sorgen und Nöte berichtet. Die Gemeinde hat aus meiner Sicht die folgenden drei grossen Sorgen und Nöte: Unsere beiden Hausärzte setzen sich in absehbarer Zeit zur Ruhe. Wie stellen wir sicher, dass Glattfelden weiterhin eine ausreichende Gesundheitsversorgung hat? Und was heisst «ausreichende Gesundheitsversorgung»? Brauchen wir weiterhin eine Hausärztin? Wie wohnen ältere Menschen bei uns, die noch nicht in unser Alters- und Pflegeheim übertreten möchten? Die steigenden Kosten in der Sozialhilfe sehe ich viel eher als kantonales Problem (Stichwort: Solidarischer Lastenausgleich) denn als iso-

liertes Glattfelder Problem. Ganz klar «unser» Problem ist aber die Frage, wie wir verhindern können, dass Glattfelden ein Schlafdorf wird. Brauchen wir mehr Einkaufsmöglichkeiten? Ist das noch zeitgemäss? Was soll die Gemeinde an Kultur und Freizeitgestaltung anbieten? Wie können wir private Initiativen unterstützen?

Ihr lest: Ich habe viele Fragen für Glattfelden. Und ich freue mich auf die kommenden Monate, in denen ich auf allen Ebenen aktiv daran mitarbeiten kann, sie zu beantworten.»

**«Ich bin es mir gewohnt, dass ich als junge Frau leider stets besser vorbereitet an Sitzungen erscheinen muss als meine männlichen Kollegen.»**

# Das war der Parteitag

RUND 450 DELEGIERTE UND GÄSTE HABEN AM ZWEITÄGIGEN PARTEITAG IN BRUGG/WINDISCH VOM 1./2. DEZEMBER TEILGENOMMEN. ES WURDE LEIDENSCHAFTLICH, KONTROVERS, RESPEKTVOLL DISKUTIERT – WIE ES BEI DER SP ÜBLICH IST.



alle Bilder von Jonas Zürcher

So sieht gelebte Demokratie aus: Es wurde lange und intensiv debattiert.



Podiumsdiskussion mit NR-Präsidentin Marina Carobbio, Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, dem St. Galler Kantonsrat Dario Sulzer und dem Schaffhauser Regierungsrat Walter Vogelsanger. Moderation: Gaël Bourgeois.



Einstimmig beschliesst die SP, den Frauen\*streik vom 14. Juni 2019 zu unterstützen.



Gesellige Runde: Rebecca Derendinger, Lorena Stocker, Vera Ziswiler und Christian Oberholzer stossen auf den Abend an.



Nach langem Sitzen und angeregten Diskussionen braucht es zwischendurch auch etwas Lockerung.



SP-Präsident Christian Levrat tauscht sich mit Mike Kabongi und Françoise Bassand (beide SP MigrantInnen) aus.



LANDESSTREIK1918

# Ein Rückblick

Das Jahr 2018 stand für die SP Schweiz im Zeichen des hundertjährigen Jubiläums des Landesstreiks. Im November 1918 hatten 250 000 Menschen den Mut, die Arbeit niederzulegen und gemeinsam für eine soziale und gerechte Schweiz zu kämpfen. Sie forderten mehr politische Partizipation, mehr soziale Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit. Drei Elemente, die bis heute die Pfeiler der Sozialdemokratie bilden. In den letzten Monaten thematisierte die SP Schweiz die Errungenschaften des Landesstreiks im Rahmen der Informationskampagne #Landesstreik1918 in ihren Mitgliederzeitungen und auf ihren Online-Kanälen. Zahlreiche Sektionen im ganzen Land führten Veranstaltungen und Tagungen zum Thema durch. Den Höhepunkt des Jahres bildete der Anlass «100 Jahre Landesstreik» am 10. November, den die SP Schweiz zusammen mit dem SGB und der Robert-Grimm-Gesellschaft organisierte. Über 1400 Menschen fanden den Weg nach Olten in die alten SBB-Werkhallen. Als Rednerinnen und Redner geladen waren Vania Alleva (Präsidentin der Gewerkschaft Unia), Paul Rechsteiner (SGB-Präsident), Christian Levrat (SP-Präsident) und die SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga sowie die Slam-Poetin Sandra Künzi. Das Programm wurde durch verschiedene musikalische Acts umrahmt. Dank Schübli, Hafer-suppe und lokalem Bier war auch für das leibliche Wohl gesorgt. Der Anlass war ein voller Erfolg. «Ein wirklich cooler Anlass, wie eine grosse Familienzusammenkunft!», urteilte JUSO-Präsidentin Tamara Funicello. Reaktionen wie diese zeigen uns, wie wichtig eine gemeinsame Erinnerungskultur ist. Sie stiftet Identität und motiviert dazu, sich weiterhin für eine sozialere und gerechtere Schweiz einzusetzen.

Gisela Nyfeler, Projektleiterin #Landesstreik1918

## AGENDA 2019

**2. MÄRZ**  
Delegiertenversammlung  
Arth-Goldau SZ

**25. MAI**  
Mitgliederkonferenz SP60+  
Hotel National in Bern

**1. JUNI**  
Wahlkampfauftakt SP Frauen\*  
10.15–18.00

**14. JUNI**  
Frauenstreik

**8.–11. AUGUST**  
Sommeruni, Chandolin VS

**2. NOVEMBER**  
Herbstanlass SP60+

**30. NOVEMBER**  
Delegiertenversammlung

[www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)

# MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

## Kursprogramm 2019

Nebst den bewährten Angeboten haben wir zahlreiche neue Themen im Kursprogramm: Die stark nachgefragten Rentenplankurse werden neu auch in Italienisch und Albanisch angeboten. Ebenfalls neu im Programm sind Kurse, die sich exklusiv an Frauen richten. Einen starken Fokus richten wir auf Vertrauensleute, Mitglieder von Stiftungsräten, Vorsorgekommissionen und Personalvertretungen. Am 25. Juni findet in Bern eine Tagung zum 100-Jahr-Jubiläum der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) statt. Diesen Anlass organisieren Movendo und der SGB gemeinsam. Eine Teilnahme ermöglicht Einblick in aktuelle Debatten wie die zur neuen Konvention gegen Gewalt am Arbeitsplatz und in der Arbeitswelt oder zum Kampf für gute Arbeitsbedingungen in «Supply Chains», den Lieferketten in der Produktion.

Movendo pflegt eine langjährige und enge Zusammenarbeit mit der SP Schweiz und freut sich über Anmeldungen von aktiven und interessierten Parteimitgliedern. Gewerkschaftsmitglieder erhalten das Programm automatisch. Zusätzliche Kursprogramme d/f können im Sekretariat bestellt werden. Unsere Webseite [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch) gibt Auskunft über freie Plätze in den Kursen.

Anmeldungen nehmen wir unter [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), telefonisch (031 370 00 70), per E-Mail ([info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch)) oder mittels Anmelde-talon im Programmheft entgegen.

Emiliana Della Torre, Movendo

«Panahi inszeniert seinen Kampf gegen den iranischen Konservatismus mit Geduld, Intelligenz und bewundernswertem Schalk.»  
**LES INROCKUPTIBLES**

NACH TAXI TEHERAN FÄHRT JAFAR PANAHİ WIEDER LOS!

BESTES DREHBUCH  
FESTIVAL DE CANNES

# THREE FACES

«Ein Road Feel Good Movie»  
Thierry Frémaux, Cannes Film Festival

AB 27. DEZEMBER IM KINO

**FÜR ALLE  
STATT  
FÜR WENIGE**

